

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Mittwoch, 10. Dezember 1986

Blatt 3011

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Kommunal:** Wiener Landtag  
(rosa) Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte  
Neue Verkehrsampel auf dem Hietzinger Kai
- Lokal:** "Märchenhafte" Vorweihnachtszeit im  
(orange) Orthopädischen Krankenhaus
- Kultur:** Wiener Festwochen 1987  
(gelb)
- Sport:** Verdienstvolle Mitglieder aus dem Landessportrat  
(grün) ausgeschieden
- Nur  
über FS: Brand nach Gasexplosion in Simmering

Neue Verkehrsampel auf dem Hietzinger Kai

Utl.: Mehr Sicherheit für Fußgänger

1 =Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Mittwoch vormittag wurde auf der Kreuzung Hietzinger Kai - Dommayergasse im 13. Bezirk eine neue Verkehrslichtsignalanlage in Betrieb genommen. Die Ampel dient vor allem der Sicherheit der Fußgänger, die von Penzing kommen und über den Badhaussteg das Amtshaus mit den Bezirksämtern für den 13. und den 14. Bezirk am Hietzinger Kai erreichen wollen. Sie entspricht auch einem dringenden Wunsch der beiden Bezirksvertretungen.++++

Untertags ist das Schaltprogramm der neuen Anlage auf die "Grüne Welle" auf dem Hietzinger Kai abgestimmt. In der Nacht hat der Hietzinger Kai mit seinem starken Verkehr so lange "Grün", bis sich ein Fußgänger mit Druckknopf oder ein Fahrzeug in der Dommayergasse durch die Sonden in der Fahrbahn anmeldet.

Im Jänner wird die Verkehrslichtsignalanlage auf der Kreuzung Hietzinger Kai - Braunschweigasse umgebaut. Die Fußgänger brauchen dort keine Ampel mehr, weil sie auf dem Fußgängersteg bei der U-Bahn-Station sowohl den Kai wie auch die Hadikgasse gefahrlos überqueren können. Und durch die Braunschweigasse kommen relativ wenige Fahrzeuge zum Hietzinger Kai. Die Ampel erhält daher eine "Grüne-Welle-Schaltung", die die Kraftfahrer darauf aufmerksam macht, daß sie bei Einhaltung einer Geschwindigkeit von 40, 50 oder 60 Kilometern pro Stunde bei der nächsten Ampel auf der Kreuzung Dommayergasse "Grün" haben. Geht sich die Grüne Welle für den Kraftfahrer nicht aus, so blinkt die Ampel gelb. (Schluß) sc/bs

NNNN

Verdienstvolle Mitglieder aus dem Wiener Landessportrat  
ausgeschieden

2 Wien, 10.12. (RK-SPORT) Die Gemeinderäten Ernst VEJTISEK (SPÖ) und Josef ARTHOLD (ÖVP), zwei langjährige Mitglieder des Wiener Landessportrat sind aus diesem ausgeschieden. Bei der letzten Sitzung würdigte der Vorsitzende, Stadtrat Franz MRKVICKA, ihre großen Verdienste. Vejtisek stellte sein Mandat aus gesundheitlichen Gründen zur Verfügung, Arthold wurde in den Nationalrat gewählt. Anstelle von Vejtisek und Arthold wurden die Gemeinderäte Othmar BRIX und Dr. Ernst NEUBERT in den Landessportrat berufen. (Schluß)  
hof/bs

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

3 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Wiener Landtages begann Mittwoch unter dem Vorsitz von Präsident SALLABERGER mit einer Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Schritte er im Interesse eines konsequenten Vorgehens bei der Flughafen Wien Betriebs GesmbH. unternommen habe, sagte Landeshauptmann Dr. ZILK, daß er sofort nach dem Bekanntwerden von Unregelmäßigkeiten in bezug auf die Bonifikations-Tickets der Langstreckenfluggesellschaften eine Untersuchung durch das Kontrollamt veranlaßt habe. Man müsse in diesem Zusammenhang allerdings darauf hinweisen, daß derartige Bonifikationen zwischen Flughafengesellschaften und Langstreckenfluggesellschaften allgemein üblich seien. Die aus diesem Titel in den letzten drei Jahren in Anspruch genommenen Tickets vom Flughafen Wien hatten den Gesamtwert von 9,1 Millionen Schilling. Derzeit wird die von den Verantwortlichen des Flughafens erstellte Liste vom Kontrollamt überprüft, wobei ermittelt werden soll, welche Passagen als Dienstreisen zu deklarieren sind und damit zu Recht in Anspruch genommen wurden, welche in einer Grauzone liegen und welche eindeutig mißbräuchlich vergeben wurden. Die beiden letzten Kategorien sollen veröffentlicht werden. Es sei jedoch nicht einzusehen, warum jemand aufgrund einer Dienstreise auf die veröffentlichte Liste kommen solle. Urteile über den Vorstand und über den Aufsichtsrat des Flughafens Wiens könne man erst nach dem Abschluß der Untersuchungen abgeben.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LAbg. Dr. Peter MAYR (ÖVP), warum die U 6 nach Siebenhirten nunmehr nicht in Hochlage, sondern auf der bestehenden Straßenbahntrasse geführt werden soll, sagte StR. HATZL (SPÖ), daß dafür die kostengünstigere Möglichkeit des Ausbaus ein maßgeblicher Grund war. Eine Abstellhalle für diese Linie werde notwendig sein, der Standort dafür sei noch offen. (Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

4 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von LAbg. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP), warum die angekündigte Verlängerung der S-Bahn zur Hofwiesengasse in Hietzing nicht im neuen Schienenverbundvertrag enthalten sei, erklärte Verkehrsstadtrat HATZL (SPÖ), diese Verlängerung sei in der Gesamtvereinbarung zwar enthalten, man warte jedoch eine Entscheidung der österreichischen Bundesbahnen über den Zentralbahnhof ab.

Die Zahl der Ermäßigungsansuchen sei auf das Vierfache gestiegen, erklärte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) auf die VIERTE ANFRAGE, in welchem Umfang die mit der Novelle zum Kanalräumungs- und Kanalgebührengesetz geschaffene Ermäßigungsbestimmungen für bezogenes, aber nicht in den Kanal eingeleitetes Wasser in Anspruch genommen wurden. Er könne die Beträge noch nicht ausweisen, ein Großteil der Ansuchen werde aber positiv erledigt.

Vom Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes über die Ausweisung von Kurzparkzonen waren in Wien rund 150 Kurzparkzonen betroffen, erklärte Vizebürgermeister MAYR auf die FÜNFTE ANFRAGE von LAbg. HUFNAGL (SPÖ). Diese wurden nun mit einem Kostenaufwand von rund 750.000 Schilling mit 300 Verkehrszeichen neu ausgestattet. Damit sei der Kundmachungsmangel behoben, sagte Mayr, doch fürchte er, daß diese Regelung nicht zur Klarheit in der Beschilderung, sondern nur zu einer Erweiterung des Schilderwaldes beitrage. Man sei mit der ordnungsgemäßen Kundmachung von Kurzparkzonen auf der linken Seite von Einbahnstraßen auch auf der rechten Fahrbahnseite dem Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes nachgekommen und habe bis zur endgültigen Fertigstellung der Beschilderung keine Strafmandate eingehoben. (Forts.) jel/rr

NNNN

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

5 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die SECHSTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Die SIEBENTE ANFRAGE stellte LABg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) an StR. BRAUN (SPÖ). Sie betraf die Verhandlungen mit den Anliegergemeinden über die Abwässereinleitung in die Donau, damit die Wassergüteklasse 1-2 sichergestellt wird. Die Verhandlungen müssen vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft als oberste Wasserrechtsbehörde mit den Gemeinden geführt werden, sagte Braun. Dem Bau einer Staustufe Wien könnte die Stadt Wien ohne derartige Vereinbarungen nicht zustimmen. Auf die ZUSATZFRAGE, welche zusätzlichen Vorkehrungen getroffen worden sind, um Chemieunfälle zu vermeiden, erklärte Braun, daß Wien jede Gelegenheit wahrnimmt, auf solche Gefahren aufmerksam zu machen und darauf drängt, daß die Sicherheitsbestimmungen eingehalten werden.

Auf die ACHTE ANFRAGE von LABg. GAAL (SPÖ), ob der Ausbau der Triester Straße beabsichtigt sei, erklärte StR. HOFMANN (SPÖ), daß die Bauausführungsplanungen in ein konkretes Stadium getreten seien. Die Triester Straße ist zwischen der Raxstraße und dem Anschluß an die A 2-Südbahn mit drei Fahrstreifen in jeder Richtung und einem vier Meter breiten Mittelstreifen geplant. Im Bereich der Kastanienallee ist ein Gründurchzug unter der Triester Straße für Fußgänger und Radfahrer vorgesehen. Die Straßen- und Brückenbauarbeiten beginnen im Frühjahr 1987, die Gesamtbaukosten betragen rund 350 Millionen Schilling.

In der NEUNTEN ANFRAGE erkundigte sich LABg. Mag. KAUER (ÖVP), wann stationäre Radaranlagen zur Verkehrsüberwachung an der Südost-Tangente in Betrieb gehen werden. StR. HOFMANN erklärte, daß vom Bautenministerium der Ausbau der 14 Buchten, in denen die Anlagen stationiert werden sollen, bereits genehmigt wurde. Die Radaranlagen werden etwa ein halbes bis ein dreiviertel Jahr nach Genehmigung der Finanzierung durch das Ministerium in Betrieb genommen werden können. In der Zwischenzeit werden mobile Radaranlagen eingesetzt. (Forts.)  
lei/gg

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

6 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von LABg. JANK (SPÖ), wie das Problem der Feststellungs- und Interessensbescheide in Zukunft gelöst werden solle, antwortete StR. EDLINGER (SPÖ), daß solche Interessensbescheide von der Bezirksverwaltungsbehörde dann auszustellen sind, wenn ein Neubau im öffentlichen Interesse steht und konkrete Gründe vorliegen. Ein solches öffentliches Interesse liegt nach Ansicht von StR. Edlinger dann nicht vor, wenn eine sozialere Form der Sanierung möglich ist. Es handle sich dabei um eine politische Frage, die nicht nur von verwaltungstechnischen Überlegungen abhängig ist. Edlinger überlegt auch eine Verknüpfung mit den Voraussetzungen des Wohnbauförderungsgesetzes, wonach jeweils die günstigste UND SOZIALSTE Möglichkeit ausgeschöpft werden soll. Entsprechende Gespräche werden bereits in den nächsten Tagen stattfinden.

Auf die ELFTE ANFRAGE von LABg. WIMMER (SPÖ), bis zu welchem Rahmen mittelfristig Stadterneuerung mit Hilfe der verstärkten Förderung des Wohnhaussanierungsgesetzes zu finanzieren ist, antwortete StR. EDLINGER, unter der Annahme, daß die Bundesmittel weiterhin mit steigender Tendenz zugewiesen werden, stehen im kommenden Jahr 800 Millionen zur Verfügung. Die Relation zwischen Erneuerung und Neubau läßt sich für die weiteren Jahre nicht aufrecht erhalten. Es werde daher an eine Änderung der Finanzierungsquellen gedacht. Verhandlungen darüber werden in nächster Zeit stattfinden.

Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), ob angesichts der drohenden Verbauung der Schafberggründe ein landwirtschaftliches Grundverkehrsgesetz in Erwägung gezogen werde, antwortete StR. Friederike SEIDL (SPÖ), daß ein solches Gesetz eine landwirtschaftliche Nutzung nicht sicherstellen könne. In Wien enthält der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan entsprechende Bestimmungen. Überdies kann ein Grundverkehrsgesetz nur landwirtschaftlich genutzte Flächen umfassen. Das ist im gegenständlichen Fall nicht zutreffend. (Forts.) and/rr

Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

7 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die 13. ANFRAGE von LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), ob beabsichtigt sei, dem Landtag eine Novelle zum Gesetz über die Einrichtung eines Wohnbauförderungsbeirates vorzulegen, das eindeutige Unvereinbarkeitsbestimmungen für die Beiratsmitglieder enthält, antwortete StR. EDLINGER (SPÖ), daß die bestehenden gesetzlichen Regelungen eine solche Novelle erübrigen. Das Beispiel der Steiermark, wödhach Funktionäre und Mitarbeiter von Wohnbauträgern nicht gleichzeitig Mitglieder eines Wohnbauförderungsbeirates sein können, brauche für Wien nicht angewendet zu werden, weil hier allenfalls betroffene Beiratsmitglieder im Einzelfall an der Abstimmung nicht teilnehmen und außerdem durch Gelöbnis zur Unparteilichkeit verpflichtet sind.  
(Forts.) and/gg

Wiener Landtag (6)

Utl.: Änderung der Besoldungsordnung und der Vertragsbedienstetenordnung

8 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) StR. Friederike SEIDL (SPÖ) stellte den ANTRAG, die Bezüge der Beamten um 2,9 Prozent zu erhöhen.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen.

Anschließend stellte StR. Friederike SEIDL den ANTRAG, die Bezüge der Vertragsbediensteten ebenfalls ab 1.1.1987 zu erhöhen.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen.

Die Sitzung des Wiener Landtages endete um 10.15 Uhr.

(Forts.) ull/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes Landtag ---

NNNN



"Märchenhafte" Vorweihnacht im Orthopädischen Krankenhaus

Utl.: Krankenhausdirektor liest für seine Patienten

12 Wien, 10.12. (RK-LOKAL) "Märchenhafte" Vorweihnachten können die Patienten des Orthopädischen Krankenhauses Gersthof erleben. Der ärztliche Direktor dieses Spitals Prim. Univ.-Prof. Dr. Hermann NEUGEBAUER bietet ihnen nicht nur einen stimmungsvollen Diaabend mit hübschen Blumen-, Tier- und Landschaftsmotiven, sondern liest auch ein Märchen vor, das aus seiner eigenen Feder stammt.

"Der alte Opferstock" ist der Titel des Vorweihnachtsmärchens. Der Opferstock erhält in dem Märchen Leben und spiegelt in gewisser Weise auch menschliches Leben wider.

Veranstaltungen wie diese gibt es nun zweimal jährlich, zu Ostern sowie vor Weihnachten. Sie finden großen Anklang bei den Patienten, die auf diese Weise ein wenig Ablenkung vom Spitalsalltag erleben. (Schluß) and/gg

NNNN

## Wiener Festwochen (1)

15 =Wien, 10.12. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, Kulturstadtrat Franz MRKVICKA und Festwochen-Intendantin Dr. Ursula PASTERK stellten am Mittwoch in einer Pressekonferenz das Programm der Wiener Festwochen 1987 vor, zu dessen Schwerpunkten die Manierismus-Ausstellung im Künstlerhaus, eine Reihe von richtungsweisenden Inszenierungen antiker Dramen und die Hans Neuenfels-Personale zählen.++++

Bürgermeister Zilk und Kulturstadtrat Mrkvicka wiesen auf die erfolgreiche Entwicklung der Festwochen unter Intendantin Dr. Pasterk hin, die sich auch in der steigenden Publikumsfrequenz im Jahr 1986 manifestiert. Für die Festwochen 1987 stehen seitens der Stadt Wien 60 Millionen und 10 Millionen zusätzlich für die Manierismus-Ausstellung zur Verfügung.

Die Ausstellung, die unter dem Titel "Zauber der Medusa" ab 3. April im Künstlerhaus zu sehen ist, wird unter anderem durch ein manieristisches Spektakel vor und in der Karlskirche ergänzt.

Weitere wesentliche Programmpunkte der Festwochen:

## o Schwerpunkt Antike

"Troilus und Cressida" von William Shakespeare (Gastspiel der Münchner Kammerspiele im Theater an der Wien, Inszenierung: Dieter Dorn)

"Sieben gegen Theben" von Aischylos/"Mauser" von Heiner Müller/  
"Philotas" von Gotthold E. Lessing (Eigenproduktion der Wiener Festwochen im Messepalast, Inszenierung: Horst Zankl)

"Ajax" von Sophokles (Gastspiel des American National Theater im Messepalast, Inszenierung: Peter Sellars)

"Elektra" von Euripides (Gastspiel der Freien Volksbühne Berlin im Messepalast, Inszenierung: Hans Neuenfels)

"Die Bacchen" von Euripides (Gastspiel der Theatergruppe Attis, Delphi, im Messepalast, Inszenierung: Theodoros Terzopoulos)

(Forts.) gab/bs

Wiener Festwochen (2)

Utl.: Programmschwerpunkte

16 Wien, 10.12. (RK-KULTUR)

o Hans Neuenfels-Personale im Messepalast

"Trauer zu früh" von Edward Bond (Eigenproduktion der Wiener Festwochen)

"Emilia Galotti" von Gotthold E. Lessing (Gastspiel der Freien Volksbühne Berlin)

"Elektra" von Euripides (Gastspiel der Freien Volksbühne Berlin)

Präsentation von Kinofilmen und Aufzeichnungen früherer Regiearbeiten von Hans Neuenfels

o Giorgio Strehler in Wien

"Dreigroschenoper" von Brecht/Weill (Gastspiel des Theatre de l'Europe, Paris) im Theater an der Wien mit Milva, Barbara Sukowa, Michael Heltau

o österreichische Erstaufführung für Fritz Kortner

"Donauwellen" von Fritz Kortner (Eigenproduktion der Wiener Festwochen im Messepalast, Inszenierung: Wilhelm Engelhardt)

o Aus der Wiener Musikszene

"Sens" - eine multimediale Revue von Mathias Rüegg mit seinem Vienna Art Orchestra und der Robert Solomon's Dance Company (Auftragswerk der Wiener Festwochen im Messepalast)

"Auszahlreim" von Otto M. Zykan (Gastspiel der Vereinigten Bühnen Graz im Theater an der Wien)

o Internationale Theater-Avantgarde in Wien im Messepalast

"Hamlet" nach Shakespeare (Gastspiel des Teatro Due aus Parma)

"Ajax" von Sophokles (Gastspiel des American National Theater, Inszenierung: Peter Sellars)

"Die Bacchen" von Euripides (Gastspiel der Theatergruppe Attis aus Delphi, Inszenierung: Theodoros Terzopoulos)

o Kindertheater-Festival

An 10 Tagen werden im Theater im Künstlerhaus die wichtigsten europäischen Kindertheater-Ensembles aus Holland, Schweden, Italien, der BRD und Schweiz etc. vorgestellt.

o Da capo für das Serapions-Theater

"Anima", der Hit der Wiener Festwochen 1986, wieder an der Donau

o XXIII. Internationales Musikfest der Wiener Konzerthausgesellschaft

Themenschwerpunkte: Die Wiener Hofkapellmeister - Gluck - Mahler - Ravel

o Frauen-Töne

Giovanna Marinis "Requiem", die Sensation des Hamburger Frauenfestes, in der Augustinerkirche.

(Schluß) gab/rr

## Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz  
9 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Anschließend an die Sitzung des Landtages wurden die Budgetberatungen des Gemeinderates fortgesetzt.

Das unerfreuliche Erscheinungsbild des Christkindlmarktes im Vorjahr, erklärte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) in seinem Debattenbeitrag, habe zu einer breiten Diskussion und in der Folge zu einem positiven Trend für den heurigen Markt geführt. Vor allem das Warenangebot sei aber noch verbesserungsfähig.

Zu den Ladenschlußzeiten sagte Hirnschall, man habe in Wien, wie der 8. Dezember gezeigt habe, nicht damit gerechnet, daß eine so große Zahl von Wiener Konsumenten das Angebot in den ungarischen Grenzorten, das nicht nur aus Lebensmitteln, sondern mittlerweile auch aus Produkten der Unterhaltungselektronik und Billig-Textilien bestehe, in Anspruch nehmen werde. Diese ernste Entwicklung müsse zum Nachdenken anregen, wenn man z. B. berücksichtige, daß durch eine Öffnung der Geschäfte im Innviertel am 8. Dezember die Kaufkraftabwanderung in dieser Region halbiert werden könnte.

Hirnschall regte Überlegungen zur Wiedereinführung von Glasflaschen für Milch und Milchprodukte an, urgierte den Stand des Verfahrens zum Tierschutz- und Tierhaltegesetz und kritisierte die zu langsame Ausarbeitung bei den Sitzungsprotokollen des Wiener Gemeinderates. (Forts.) jel/gg

## Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz  
10 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ingrid KOROSEC (ÖVP) forderte vor allem einen wirksamen Konsumentenschutz gegenüber der Behörde. Dazu gehören auch die Verbesserung der telefonischen Kontaktmöglichkeiten mit der Verwaltung, mehr Transparenz bei Behördenverfahren, die Ernennung eines eigenen "Bürgeranwaltes" als Rechtsschutzagent für den einzelnen Wiener Bürger sowie die raschere Erledigung von Anträgen. Die Abgeordnete kritisierte die zu kurzen Öffnungszeiten der Kartenvorverkaufsstellen der Verkehrsbetriebe. Die Konsumentenstadträtin habe seit ihrem Amtsantritt vor drei Jahren zwar eine Reihe von Aktivitäten gesetzt, "heiße Eisen" wurden jedoch nicht angefaßt. Dies beziehe sich vor allem auf die Rechte des Bürgers als Konsument gegenüber der öffentlichen Verwaltung. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz  
11 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Elisabeth SCHINDLER (SPÖ)  
bezeichnete die Jugendarbeitslosigkeit als ernstes Problem. Derzeit  
werden von der Stadt Wien 1.100 junge Menschen als Lehrlinge  
ausgebildet.

Um arbeitslosen Maturanten zu helfen, wurde von der Stadt Wien  
ein einjähriges Maturantenpraktikum eingerichtet. Die Resonanz war  
allerdings enttäuschend. Obwohl alle dem Landesarbeitsamt bekannten  
arbeitslosen Maturanten angeschrieben wurden, sind noch immer Plätze  
frei.

Schindler erinnerte an die strengen Kontrollen bei  
Lebensmitteln.

Sie zeigte sich erfreut darüber, daß bei den meisten Nahrungs-  
und Genußmitteln gegenüber dem Vorjahr keine Teuerungen eingetreten  
sind und würdigte die Tatsache, daß viele Bedienstete der Stadt zu  
Weihnachten nicht feiern können, weil sie zum Wohl der Bürger dieser  
Stadt ihrer Arbeit nachgehen. (Forts.) ull/rr

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz  
13 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. FREITAG (SPÖ) erklärte, daß  
die Kundenfrequenz in Geschäften nicht gleichzusetzen sei mit dem  
Umsatz, wie dies in der Öffentlichkeit immer wieder dargestellt wird.  
Es gebe andere Gründe als die Öffnungszeiten der Geschäfte, warum  
österreicher im Ausland einkaufen. Nach einer Erhebung der  
Vorarlberger Handelskammer über Einkäufe von Österreichern in der  
Schweiz sind Qualität, Produktpräsentation und Preise maßgeblich.  
Die Salzburger kaufen traditionell in Freilassing ein, und Einkaufs-  
fahrten nach Ungarn etwa zum Friseur oder zur Herstellung eines  
Zahnersatzes haben die deutlich günstigeren Preise als Hintergrund.  
Man dürfe die Liberalisierung im Grenzverkehr nicht als Einbahn-  
straße sehen, denn auch die Ausländer lassen ihr Geld bei uns. Eine  
Änderung der Öffnungszeiten würde nach einer Erhebung des deutschen  
Einzelhandels zu einer Verbraucherpreisindexerhöhung um zwei Prozent  
führen. Dies würde weitreichende Auswirkungen haben. Die versuchs-  
weise verlängerten Öffnungszeiten im Antiquitätenhandel hätten zu  
keinem zusätzlichen Kundeninteresse geführt, sagte Freitag. Es habe  
sich gezeigt, daß die Länder mit der höchsten Lebensqualität  
Ladenöffnungszeiten weitgehend so wie in Österreich festgelegt haben.  
(Forts.) and/rr

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

14 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Zur Liberalisierung der Ladenschlußzeiten sagte StR Friederike SEIDL (SPÖ), man werde das Probemodell im Antiquitätenhandel abwarten. Weder die Nahversorgungserhebungen noch das Wiener Konsumententelefon hätten aber dringende Wünsche in dieser Richtung registriert.

Beim Wiener Christkindlmarkt sei es erfreulich, meinte Seidl, daß er ein so positives Echo gefunden habe, man werde aber noch an weiteren Verbesserungen arbeiten.

Zu den Glasflaschen für Milch- und Milchprodukte gebe sie zu Bedenken, daß sowohl der Transport als auch die Rückgabe für den Konsumenten eine Schwierigkeit darstellen, abgesehen von den Kosten für Reinigung und Sterilisation, die die Molkereien zu tragen hätten. Diese Frage hätte, unterstrich Seidl, durchaus das Thema einer Enquete im Handelsministerium sein können.

Der vorübergehende Rückstand bei den Protokollen des Wiener Gemeinderates sei durch die Umstellung auf neue technische Einrichtungen und die Herstellung der Protokolle mittels EDV entstanden, werde aber sehr bald behoben sein.

Die Stellungnahmen der Interessensvertretungen zum Tierschutz- und Tierhaltegesetz seien alle eingelangt, die Gespräche mit der Polizei aber noch nicht in allen Punkten beendet. Das Gesetz werde aber Anfang 1987 dem Wiener Landtag im Entwurf vorliegen und könne im Mai 1987 beschlossen werden.

Es sei nicht sinnvoll, kritisierte Seidl abschließend, seit langer Zeit bestehende Vorurteile gegen öffentliche Bedienstete durch die Heraushebung von Einzelfällen weiter zu fördern. Das Zufriedenheitsbarometer habe, was das Service der Beamtenschaft betreffe, außerordentlich gute Ergebnisse gebracht. Sie halte deshalb, schloß Seidl, einen Bürgeranwalt nicht für notwendig.

(Forts.) jel/bs

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

17 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Umweltproblematik und vor allem die Entsorgung seien in Wien nicht gelöst, die bisherige Umweltpolitik müsse, von wenigen Ausnahmen abgesehen, als gescheitert bezeichnet werden, erklärte GR. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPÖ). Bedingt durch das Rinter-Desaster scheine der Pioniergeist verloren gegangen zu sein, zukunftsweisende Forschungen und Entwicklungen fehlen. Weder im Bereich der Müllvermeidung und Mülltrennung noch bei der Entsorgung des Mülls und Sondermülls konnten entscheidende Fortschritte erzielt werden. Auch die Altstoffwiederverwertung funktioniere nur schlecht.

Zur Müllverbrennung sei anzumerken, daß durch den Einbau von Filteranlagen Verbesserungen erzielt werden könnten, die Entsorgung des Filterkuchens sei aber nach wie vor ungelöst. Pawkowicz brachte deshalb den ANTRAG ein, die Gemeinde Wien möge auf dem Gelände der Mülldeponie Rautenweg eine gesonderte Deponie zur Lagerung von Sondermüll einrichten. Die bisherige Praxis, den Filterkuchen einem privaten Entsorger außerhalb Wiens ohne Wissen um den Ort und die Art der Deponierung zu überlassen, sei nicht akzeptabel.

Weiters kritisierte Pawkowicz, daß die EBS-Sanierung nach wie vor auf sich warten lasse. Divergierende Aussagen über den Zeitpunkt der Fertigstellung sowie über die Kosten lassen ein Debakel enormer Größenordnung befürchten. (Forts.) lei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

18 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Zu Beginn seines Debattenbeitrages sagte GR. Ing. WORM (ÖVP), es wäre zu überlegen, die "Werteskala" neu zu überdenken und "Umwelt" an die erste Stelle zu setzen.

Ing. Worm räumte ein, daß in Wien in den vergangenen Jahren einiges für den Umweltschutz getan worden sei. So unbestritten positiv verschiedene Maßnahmen auch seien, so gebe es dennoch viel Anlaß zu Kritik. Er bezeichnete alles, das unternommen worden ist, als Einzelmaßnahmen, es fehle ein Gesamtkonzept. Zur EBS sagte Worm, die Entsorgungsbetriebe wären ein "glückloses Gewerke". In der Planungsphase seien viele Fehler gemacht worden. Jahrelange Krachs und Prozesse seien die Folge gewesen. Es sei Stadtrat Braun nicht gelungen, die Anlage zu sanieren, vielmehr habe er versucht, um ihre Kinder besorgte Simmeringer Mütter der Übertreibung zu bezichtigen.

Worm bezeichnete es als unzumutbar, daß im Kontrollausschuß der Antrag der Opposition auf Prüfung der EBS zum zweiten Mal niedergestimmt worden sei. Daher trage nicht das Kontrollamt, sondern die Politiker die Verantwortung für die sich daraus ergebenden Folgen.

Ing. Worm bemängelte den "sträflich vernachlässigten" Zivilkatastrophenschutz, den "katastrophalen" Zustand der Feuerwehr und mancher Feuerwachen und kritisierte, daß der Presse- und Informationsdienst für Parteipropaganda mißbraucht worden sei.

StR Braun habe seine Aufgaben nicht ordnungsgemäß erfüllt. Worm brachte deshalb einen von allen Gemeinderäten der ÖVP unterzeichneten MISSTRAUENSANTRAG gegen StR Braun ein. (Forts.)  
ull/bs

NNNN



Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

19 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) befaßte sich mit dem Luftbericht 1986 und kritisierte, daß im 1982 beschlossenen Luftreinhaltegesetz fixierte Vorgaben, wie die periodische Vorlage eines Berichtes oder in weiterer Folge die Festlegung von Grenzwerten, die das Gesetz erst exekutierbar machen würden, nicht oder erst spät erfüllt worden seien. Auch beim Wasser, beim Waldsterben und beim Bodenschutz ließen Konzepte auf sich warten. Es sei nicht damit abgetan, besorgten Simmeringer Eltern Meßergebnisse entgegenzuhalten, denn für diese seien das persönliche Empfinden und das Auftreten von Erkrankungen maßgeblich. Studien wiesen nach, daß Kinder in Gebieten mit schlechter Luft häufiger erkranken als in Gutluftgebieten. Während die SO<sub>2</sub>-Belastung erheblich gesunken sei, wurden die Werte bei Kohlenwasserstoffen und Kohlenmonoxiden schlechter, sagte Hawlik, die Stickoxide könnten nicht gemessen werden. Mangelnde Meßmöglichkeiten seien der Grund dafür, daß heute der im Gesetz vorgesehene Smogalarm mangels entsprechender Grundlagen gar nicht ausgelöst werden könnte. Auch gebe es im Luftbericht keine Daten über Stoffe, die zum Waldsterben beitragen. Und vom Wienerwald-Gipfel sei nichts geblieben außer Presseauschnitten. Man müsse die Umweltpolitik in vernetzten Zusammenhängen sehen, wenn man Politik für den Bürger machen wolle, sagte Dr. Hawlik. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

20 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. FREINBERGER (SPÖ) verwies auf die großen Erfolge in der Umweltpolitik und auf die Steigerungen der finanziellen Aufwendungen auf diesem Sektor. Gerade unter diesen Umständen nehme sich der Mißtrauensantrag der ÖVP gegen Stadtrat Braun mehr als merkwürdig aus. Die Wiener Umweltpolitik verfare nach fundierten Konzeptionen. Die bevorstehende Vollendung der Deponie Rautenweg, der Einbau der Filteranlagen in die Fernheizwerke Spittelau und Flötzersteig und der Probetrieb für die Müllsortierung im Rinterzelt seien nur einige Beispiele für eine Politik der ständigen Verbesserung der Wiener Umwelt. Der ÖVP bleibe es vorbehalten, mit fragwürdigen Untersuchungsmethoden, wie sie Mag. Kauer in Wiener Bädern angewandt habe, oder mit ebenso fragwürdigen Gutachten, wie seinerzeit GR. Ing. Worm vorgelegt habe, ohne sachliche Basis politische Angriffe zu lancieren. Freinberger verwies schließlich auf die Leistungen verschiedener Abteilungen: So habe die Bäderverwaltung den Umbau des Amalienbades abgeschlossen, die Sommerbäder Simmering und Döbling seien in Bau bzw. Planung, das Kongreßbad werde generalsaniert, und das Gänsehäufel erhalte neue Saisonkabinen. Die Bauvorhaben zum absoluten Hochwasserschutz werden 1987 planmäßig mit einem Aufwand von 492 Millionen fortgesetzt, und im Bereich der Straßenreinigung stehen im kommenden Jahr 791 Millionen zur Verfügung, womit Wien auch weiterhin eine der saubersten Städte der Welt sein werde, sagte Freinberger, der abschließend auch allen in den genannten Bereichen tätigen Bediensteten der Stadt Wien dankte. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

21 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Wassersituation in Wien, erklärte GR. NEUBERT (ÖVP), müsse weiterhin als nicht zufriedenstellend angesehen werden. So habe die ÖVP schon 1947 den Bau der Dritten Wiener Wasserleitung gefordert. Das Grundwasserwerk Nußdorf sei geschlossen, das Grundwasserwerk Lobau von Altlasten bedroht. Für die Auswechslung von 450 Kilometern Wasserrohren gebe es, so Neubert, zu wenig, für den Wasserbehälter Bisamberg gar keine Mittel. Neubert urgierete ein Konzept zum Bau von Wasserbereitungsanlagen, das angekündigte Bodenschutzgesetz und einen Deponiesanierungsplan. In diesem Zusammenhang brachte Neubert einen ANTRAG betreffend die Entsorgung der Schiffsbilgen von Öl- und Fettrückständen auf der Donau ein. Zu der Situation der Kanalisation erklärte Neubert, er vermisse ein Koordinierungskonzept für die Sanierungsarbeiten, das Reparaturen von Gas- Strom- bzw. Telefonleitungen zum gleichen Zeitpunkt ermögliche. Darüber hinaus kritisierte Neubert, daß es immer noch Selbsträumungsgenehmigungen für Wiener Senkgruben gebe. Zur Luftsituation brachte Neubert einen ANTRAG auf Installation einer mobilen Luftmeßstelle ein, die bereits 1987 in Betrieb genommen werden solle. (Forts.) jel/bs

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

22 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Hälfte des Wiener Stadtgebietes werde landwirtschaftlich genutzt, 50 Prozent des österreichischen Gemüses werde in Wien erzeugt, erklärte GR. JEDLETZBERGER (ÖVP). Die hohe Umweltbelastung bereite deshalb der Landwirtschaft Angst und Sorge, die Bevölkerung sei verunsichert. Aus diesem Grund seien in den letzten Jahren die Umsätze ständig zurückgegangen, für manche Betriebe bedeutete dies eine ernsthafte Existenzgefährdung. Jedletzberger forderte deshalb, daß die Stadt Wien effektiver und rascher als bisher Maßnahmen gegen die Umweltbelastung und -verschmutzung ergreife.

Von der Landwirtschaft werde die Gründung eines Nationalparks Lobau begrüßt. Jedletzberger forderte jedoch, daß für die bis jetzt landwirtschaftlich genutzten Flächen in diesem Gebiet Ersatzflächen angeboten werden. Eine weitere Reduzierung dieser Flächen könne nicht mehr hingenommen werden, sie wurden seit 1958 ohnehin beinahe halbiert.

Abschließend forderte Jedletzberger, daß die vor Jahren begonnene Aktion, daß Pächter der Stadt Wien landwirtschaftliche Flächen erwerben könnten, fortgesetzt werde. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

23 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. REITER (SPÖ) kündigte eine Erweiterung des Wiener Luftmeßnetzes für 1987 an: Ab dem kommenden Jahr wird es 17 Meßstellen geben, die zum Teil mit neuen, dem modernen Stand der Technik entsprechenden Programmen, gespeichert sind. Geplant ist auch eine Meßstelle im innerstädtischen Bereich, wo jedermann jederzeit aktuelle Informationen erhalten kann. Als Standort ist der Friedrich-Schmidt-Platz vorgesehen.

Wie Reiter weiter mitteilte, hätten Kanaluntersuchungen ergeben, daß rund 250 Kilometer Kanäle sanierungsbedürftig sind. Für diese Arbeiten wurde ein Programm erstellt. In der ersten Phase stehen für 20 Kanalbauvorhaben 125 Millionen Schilling zur Verfügung. (Forts.)  
ull/bs

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

25 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (ÖVP) kritisierte den "bejammernswerten Zustand" der Wiener Feuerwachen. So sei etwa in der Feuerwache Favoriten die Kellerdeckenkonstruktion für die neuen schweren Fahrzeuge zu schwach, in der Feuerwache Döbling sei das Dach einsturzgefährdet. Dazu kommt, daß Fahrzeuge zum Teil bereits sehr alt und Geräte teilweise nicht einsatzbereit sind. Die wichtigsten Instandhaltungsmaßnahmen würden 33,8 Millionen Schilling erfordern, doch im Budget seien nur 3,2 Millionen vorgesehen. Bei der Nachrichtenzentrale seien die Mittel gekürzt worden, sodaß er mit einem späteren als dem geplanten Fertigstellungstermin rechne, sagte Hahn. Die Hauptfeuerwache wird 150 Millionen Schilling Renovierungskosten notwendig machen. Doch sollte "Am Hof" in eine Fußgängerzone umgestaltet werden, wäre zu klären, ob dieser Standort überhaupt für die Hauptfeuerwache geeignet ist. In einem ANTRAG forderte Hahn die rasche Planung einer neuen Hauptfeuerwache für Floridsdorf und Donaustadt. (Forts.) and/rr

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

26 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Mag. Eva PETRIK (ÖVP) nahm zu Fragen des Zivilschutzes Stellung. Sie wies darauf hin, daß derzeit keine Informationen mehr zu Fragen der Verstrahlung von Lebensmitteln zu erhalten seien. Dies schaffe Verunsicherung bei der Bevölkerung. Es wäre wichtig, hier auch weiterhin verständliche Informationen zu geben. Generell sei es in Wien um den Katastrophenschutz schlecht bestellt, da es keine entsprechenden Ausbaupläne gebe, und darüber hinaus die Information, wie etwa der von der Stadt Wien herausgegebene Zivilschutzatlas, nicht zielführend gestaltet sei. Es gelte also, mehr und gezielte Informationen unter die Bevölkerung zu bringen, Kurse für Katastrophenschutz durchzuführen, Lehrer und verwandte Berufssparten zielführend auszubilden und die Bevölkerung in der Vorsorge für den Katastrophenplan zu unterstützen. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

27 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Besorgnis über immer mehr Baumschäden im Wienerwald äußerte GR. KIENDL (ÖVP) in seinem Debattenbeitrag. Immerhin seien 60 Prozent der Wienerwald-Bäume bereits sichtbar geschädigt. Die Wiener kalorischen Kraftwerke stoßen täglich immer noch große Schadstoffmengen aus. Die Müllverbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau produzieren, sagte Kiendl weiter, täglich große Mengen Filterkuchen. Offensichtlich interessiere es die Wiener SPÖ wenig, wohin diese Rückstände entsorgt werden. Seine Fraktion habe den Eindruck, das Umweltgewissen der SPÖ höre an der Wiener Stadtgrenze auf. (Forts.) jel/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

28 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Leistungen der Stadt Wien auf dem Gebiet des Umweltschutzes können sich sehen lassen, sie werden nur von der Opposition nicht zur Kenntnis genommen, erklärte GR. Ing. RIEDLER (SPÖ). So wurden die Schadstoffemissionen wesentlich gesenkt. Riedler betonte, daß die Trinkwasserversorgung durch Hochquellwasser gesichert sei und daß die Sanierung der Kanalisation eingeleitet wurde. Diese Liste könnte beliebig fortgesetzt werden. Trotzdem werde nicht übersehen, daß auch in Zukunft viele Probleme, die sich durch die Entwicklung einer Industriegesellschaft immer wieder neu ergeben, zu lösen sein werden.

Im Zusammenhang mit der Entsorgung des Filterkuchens forderte Riedler mehr Solidarität von den anderen Bundesländern gegenüber Wien, da es sehr wohl geologisch geeignete Plätze für die Lagerung gebe.

Zur beantragten Anhebung der Gebühren für die Müllabfuhr und für Wasser erklärte Riedler, daß diese gerechtfertigt sei, weil in diesem Bereich das Prinzip der Kostendeckung zu befürworten sei.

Abschließend betonte Riedler, daß die Mittel für Umweltinvestitionen innerhalb von drei Jahren verdreifacht wurden. Der Mißtrauensantrag gegen Stadtrat Braun sei aus all diesen Gründen ungerechtfertigt und abzulehnen. (Forts.) lei/bs

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

29 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Sie wäre froh, wenn im Bereich des Umweltschutzes tatsächlich so viel geschehen wäre, wie von der SPÖ behauptet wird, sagte GR. Ingrid KOROSEC (ÖVP). In Wahrheit sei viel zu wenig geschehen. Die SPÖ sei zwar seit Jahren zum Handeln aufgefordert, sie beschränke sich jedoch auf Ankündigungen und Beweihräucherungen.

Als eine von vielen notwendigen Maßnahmen forderte Korosec, das Umweltschutzpapier in verstärktem Maß zu benutzen. Es hätte Vorbildwirkung, würde die tägliche Post, die vom Rathaus versendet wird, auf solchem Papier geschrieben werden.

Wie Korosec weiter ausführte, fühlt sich mehr als ein Drittel aller Wiener durch übermäßigen Lärm gestört. Sie kritisierte, daß Lärmmeßgeräte in zu geringer Stückzahl vorhanden seien und überdies monatelang nicht an die Polizei weitergegeben worden seien. Der Lärm habe in Wien die Skandalschwelle längst überschritten. Sie forderte strenge Strafen für Lärmsünder, denn Toleranz höre dort auf, wo die Gesundheit auf dem Spiel steht. (Forts.) ull/rr

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

30 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) StR Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP) begründete das Mißtrauensvotum seiner Fraktion damit, daß es kein umweltpolitisches Gesamtkonzept gebe. Statt dessen gebe es nur Einzelmaßnahmen. Der SPÖ warf Welan vor, die Situation stets als "in Ordnung" darzustellen, nachträglich müsse jedoch immer wieder zugegeben werden, daß Maßnahmen nicht gesetzt wurden. Das bringe eine Verunsicherung und vergrößere die Unglaubwürdigkeit der Politik.

Beim Umweltschutz sei die Vorsorge zu vermissen, der nicht-präventive Umweltschutz präge das Budget. Dadurch seien im Lauf der Jahre Systemzwänge entstanden, die den Maßnahmenspielraum einschränken. Heute gehe es meist darum, Schäden im nachhinein zu sanieren. Zu vermissen sei auch ein ganzheitlicher Umweltbericht, und die SPÖ habe Umweltverträglichkeitsprüfung, Umweltfonds und Grünfonds abgelehnt. Notwendig wäre ein Umweltschutzanwalt. Schließlich könne das Umweltveto nicht zum Tragen kommen, weil die zuständige Dienststelle der Stadt Wien überfordert sei. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

31 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) sagte, die FPÖ unterstütze den Mißtrauensantrag der ÖVP. Der Grund dafür liege in den zahlreichen Versäumnissen der Umweltpolitik von der Müllvermeidung bis zur gescheiterten Sanierung der EBS. Generell deponierte Pawkowicz ein gewisses Mißtrauen gegen den ganzen Stadtsenat, das aufgrund der Vorgänge im Flughafen Wien und im Stadterneuerungsfonds neue Nahrung erhalten habe.

GR. Dr. SWOBODA (SPÖ) sagte, er sehe seitens der SPÖ keinen Grund zum Mißtrauen gegenüber Stadtrat Braun, sondern jeden Grund zur Unterstützung von dessen erfolgreicher Politik. So seien in der Entgiftung der Abgase der Wiener Kraftwerke und Müllverbrennungsanlagen große Fortschritte erzielt worden, die Arbeiten an der EBS würden planmäßig vorangetrieben, ebenso werde der Rautenweg planmäßig saniert, der Wald- und Wiesengürtel erweitert und gemeinsam mit dem Bund werden wichtige Vorhaben im Abwasserbereich fortgesetzt. Wien verfüge als einzige Stadt in Österreich über eine Sondermüllentsorgung, ein weit ausgebautes Meßnetz kontrolliere die Güte der Luft. Swoboda resümierte, es gebe zwar Umweltprobleme, an deren Lösung werde jedoch effizient gearbeitet. Es sei eine bedenkliche Linie, die Mitarbeit bei jeder sich bietenden Gelegenheit aufzukündigen und zu glauben, dadurch politische Vorteile zu gewinnen. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

32 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Man habe diesen Mißtrauensantrag ohne Illusionen eingebracht, erklärte Vizebürgermeister BUSEK (ÖVP). Er betrachte das Mißtrauensvotum der ÖVP auch als eine Forderung an den Umweltstadtrat, dynamischer an den Umweltproblemen Wiens zu arbeiten. Man könne "mit Plakatwänden die Wiener Umweltprobleme nicht lösen", betonte Busek. Die Art der Information über und der Entscheidungsfindung in diesem Bereich könne die Volkspartei nicht mittragen, begründete Busek den Mißtrauensantrag seiner Fraktion.

Die ÖVP sei bereit gewesen, die Mitverantwortung zu tragen, wie dies in den Bereichen Kultur und Stadterneuerung auch versucht worden sei. Vorschläge und Initiativen seiner Fraktion seien aber nicht zur Kenntnis genommen worden.

Die Dynamik der Entwicklung im Umweltbereich stuft er als so gefährlich ein, daß man sich sehr beeilen werden müsse, Entscheidungen zu treffen und Probleme zu lösen. Er könne die Einstellung der Rathausmehrheit, diese Probleme "als in Ordnung gebracht" zu betrachten, nicht akzeptieren. Für ihn und seine Fraktion bedeute das Vorgehen der Stadtverwaltung in Umweltfragen nicht "Arbeit nach einem Konzept, sondern bloßes Dilettieren".

(Forts.) jel/bs

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

33 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Bgm. Dr. ZILK (SPÖ) gab bekannt, daß er heute in einem gemeinsamen Gespräch mit Vzbgm. Dr. BUSEK (ÖVP) über jene Bereiche gesprochen habe, in denen ein gemeinsames Suchen nach Kooperation sinnvoll sei. Es sind dies vor allem wie bisher die Bereiche Kultur und Stadterneuerung.

Der Bürgermeister stellte fest, daß es dem Geist der Demokratie entspreche, daß es nicht in allen Bereichen Übereinstimmung geben könne. Es sei trotzdem nicht zu verstehen, daß sich gerade beim Umweltschutz der Beitrag der ÖVP in ausschließlicher Ablehnung aller von der Stadtverwaltung getroffenen Maßnahmen beschränkt. Egal, ob es sich um die Sanierung der Spittelau oder der EBS oder um die Rettung des Wienerwaldes handelte, es wurden von der ÖVP nie konstruktive Vorschläge zur Lösung dieser Probleme gemacht. Der von der ÖVP zur Rettung des Wienerwaldes beispielsweise vorgeschlagene Verfassungsschutz stelle keine wirksame Maßnahme dar. Zilk stellte abschließend fest, daß sich die SPÖ auch allein aller umweltpolitischen Probleme wie bisher annehmen und Lösungen finden werde. Eine konstruktive Diskussion über Verbesserungsvorschläge sei jedoch wünschenswert. (Forts.) lei/rr



Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

34 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) StR. BRAUN (SPÖ) zeigte sich zu Beginn seiner Wortmeldung über die zum Teil "haarsträubende Kritik" und "persönliche Diskriminierung" durch die Opposition enttäuscht.

Zur Wasserversorgung stellte er fest, daß derzeit 91 Prozent der Wiener Bevölkerung mit Quellenwasser und 6 Prozent mit Wasser aus der Lobau versorgt werden. Im Jahr 1988 soll der Anteil des Quellenwassers 100 Prozent betragen.

Zu den Vorwürfen, er verschweige wichtige Daten und Fakten, stellte er fest, daß er niemals etwas verschwiegen habe und jederzeit bereit sei, alle gewünschten Informationen zu geben.

Bei der Müllentsorgung sei ein Termin für die Rauchgaswäsche genannt worden, nun habe sich herausgestellt, daß dieser Termin sogar unterschritten werde. Durch die Sortieranlage im Rinterzelt müssen 40 bis 45 Prozent des Mülls nicht mehr auf eine Deponie gebracht oder verbrannt werden.

StR. Braun stellte die Frage, ob es außer Wien noch eine Stadt in Europa gebe, wo täglich Luftmeßwerte bekanntgegeben werden.

In den Bezirken 10, 19 und 20 werden mehr als 280.000 Wiener bei getrennten Müllsammlungen erfaßt. Dies ist eine größere Zahl als die Stadt Graz Einwohner hat. (Forts.) ull/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

35 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Zur Kritik an der Luftqualität in Simmering stellte Braun fest, daß es zwei Arbeiten gegeben habe: eine davon, als "Studentenarbeit" bezeichnet, in der wenige Personen befragt worden sind; eine andere, in der 1.400 Kinder im Rahmen einer wissenschaftlichen Studie untersucht worden sind. Bei dieser umfangreichen Studie habe sich eindeutig herausgestellt, daß die Kinder des 11. Bezirkes keineswegs besonderen Belastungen ausgesetzt sind.

Auch Wissenschaftler hätten noch kein probates Mittel gegen das Waldsterben gefunden, sagte Braun weiter. Daher sei er zu jeder sachlichen Diskussion bereit, die mithelfen könne, Antwort auf noch unklare Fragen zu geben.

Die Feuerwehr habe in vielen kritischen Fällen Hervorragendes geleistet. Trotzdem könne man nicht über vom Kontrollamt festgestellte Mißstände hinwegsehen, und es wurden auch schon Maßnahmen eingeleitet: Zwei Feuerwachen wurden schon saniert, weitere folgen im kommenden Jahr.

Braun sagte weiter, daß man vor kurzem der Forderung nach Katastrophenschutz mit einer "Aktion Selbstschutz" entsprochen habe. Es hätten sich aber in ganz Wien nur insgesamt 15 Personen gemeldet. Dennoch werden ab Jänner 1987 in Volkshochschulen ähnliche Aktionen stattfinden.

Zur Lärmplage meinte er, daß beispielsweise durch die Einführung des Nachtfahrverbotes für Lkw die Lärmentwicklung gebremst werden konnte.

Braun bekannte sich abschließend dazu, keine Kontrolle und keine Kritik zu scheuen - Voraussetzung sei jedoch Sachlichkeit anstatt der bewußten Verbreitung von Unwahrheiten. (Forts.) ull/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Debatte Wohnbau und Stadterneuerung

36 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) vertrat die Ansicht, von der Geschäftsgruppe "Wohnbau und Stadterneuerung" könnten wichtige Wirtschaftsimpulse ausgehen. Doch der Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds habe dem Stadtrat das Handeln abgenommen. Durch die Gründung des Fonds sei jede Kontrolle durch den Gemeinderat ausgeschlossen worden. Nach der Gründung habe sich der Fonds nicht der Stadterneuerung gewidmet, sondern es gab lange Beratungen über die Gehälter der Geschäftsführer, während die Bauwirtschaft warten mußte. Pikant sei die Tatsache, daß Vizebürgermeister Dr. Busek als einen der Geschäftsführer ausgerechnet einen Realitätenvermittler eingesetzt haben wollte. Anträge der FPÖ, durch die das Entstehen von "Sümpfen" vermieden werden sollte, wurden abgelehnt. Der Fonds wurde zum Selbstbedienungsladen für Wohnbaufunktionäre, und Mittel, die für die Stadterneuerung notwendig gewesen wären, flossen in Geschäftsführergehälter und die Abfertigung für Direktor Wippel, sagte Pawkowicz. Er appellierte an den zuständigen Stadtrat, diesen Fonds so bald wie möglich aufzulösen und die Aufgaben wieder der Geschäftsgruppe zu übertragen, damit demokratische Entscheidungen wieder im Gemeinderat getroffen werden können.

In einem ANTRAG fordert die FPÖ, daß der Gemeinderatsausschuß Richtlinien für die Vergabe von Gemeindewohnungen erstelle, wobei verschiedene Kriterien mit Punkten zu bewerten seien. Wichtige Gründe für eine Vergabe außerhalb dieser Reihung müßten vom Gemeinderatsausschuß im Einzelfall geltend gemacht werden. (Forts.)  
and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Debatte Wohnbau und Stadterneuerung

37 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. PETRIK (ÖVP) nahm zu Fragen des Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds Stellung. Es habe - nachdem sich in der SPÖ ein Umdenken in Fragen des Wohnbaues durchgesetzt habe - durchaus eine Übereinstimmung im Grundsatz und bei Durchführungsfragen in diesem Bereich gegeben. Man habe hier die Chance gesehen, über den Fonds und die Wiener Wohnbauverordnungen wichtige Sanierungsmaßnahmen für die Stadt zu setzen. Dabei habe es allerdings bestimmte Voraussetzungen gegeben. Neben den Sockelsanierungen sei stets auch ein bestimmter Anteil von Totalsanierungen und Wohnungszusammenlegungen geplant gewesen, die Gestaltung des öffentlichen Raumes sei ebenso wie Fragen des Grünraumes und des ruhenden Verkehrs in diesem Paket eingeschlossen gewesen. Die SPÖ habe einige Vereinbarungen nicht eingehalten. Die Bodenbereitstellung und verschiedene Steuerfragen etwa seien ungeklärt. Auch eine Reihe von Verordnungen sei nach den ersten Erfahrungen zu novellieren. Bei der Frage der Totalsanierung sei keine einheitliche Linie der SPÖ zu erkennen. Erst wenn die derzeit offenen Fragen geklärt seien, könne man über eine weitere Zusammenarbeit in diesem Gebiet sprechen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Debatte Wohnbau und Stadterneuerung

40 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Wien habe eine große Tradition im sozialen Wohnbau, erklärte GR. BUCHELT (SPÖ). Trotz des Schwerpunktes Stadterneuerung sei auch eine Neubauleistung von rund 5.000 Wohnungen pro Jahr vorgesehen und erforderlich, da das bestehende Wohnraumdefizit sowie die Erhöhung des Anspruchsniveaus dies erfordere. Die Stadt Wien werde auf dem Neubausektor für den durch die Vormerkrichtlinien umrissenen Personenkreis bauen. Derzeit gebe es 16.000 Vormerkungen. Buchelt sprach sich für mehr und effizientere Mitbestimmung im sozialen Wohnbau aus. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Debatte Wohnbau und Stadterneuerung

41 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. MANDAHUS (ÖVP) stellte fest, daß trotz einer höheren Beschäftigtenzahl in der Bauwirtschaft im Oktober 1986 in Wien auch die Zahl der Arbeitslosen in dieser Branche gestiegen sei. Es sei zu hoffen, daß sich durch die jetzt forcierte Wohnhaussanierung in den kommenden Jahren die Lage verbessern werde. Die von StR Hofmann im Februar dieses Jahres genannte Summe von drei Milliarden Schilling, die heuer im Rahmen der Wohnhaussanierung zum Tragen kommen sollte, habe sich, wie von der ÖVP befürchtet, als falsch erwiesen, erklärte der Abgeordnete. Eine von ihm durchgeführte Überprüfung habe ergeben, daß zur Zeit lediglich an 88 Baustellen gearbeitet werde. Eine von ihm angestellte Hochrechnung weise maximal 300 Millionen Schilling aus, die heuer bauwirksam werden.

Die Vereinfachung des Ausschreibungsverfahrens habe sich sehr positiv ausgewirkt.

Bei der Kontrolle der Baustellen sei ihm aufgefallen, daß in einigen Fällen zwar Fassaden erneuert, aber kein vollwertiger Wärmeschutz angebracht werde. Mandahus regte an, daß diese Arbeiten gleichzeitig durchgeführt werden sollten. (Forts.) lei/bs

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Debatte Wohnbau und Stadterneuerung

42 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HONAY (SPÖ) betonte, daß man alles unternehmen müsse, um die Abwanderung aus Wien zu verhindern und die Wohn- und Lebensqualität zu erhalten und zu erhöhen. Dafür werde eine ganze Reihe von Maßnahmen gesetzt.

Honay wies auf die Kummernummer beim Stadterneuerungsfonds hin, die rasch und unbürokratisch hilft oder Auskunft erteilt. Wie Honay sagte, habe die Stadterneuerung nicht nur zu einer wirtschaftlichen Belebung geführt, sondern leider auch zu vermehrter Spekulation bei Sanierungsmaßnahmen. Er appellierte an die ÖVP, auf ihr nahestehende Personen entsprechend einzuwirken. Was die Mietermitbestimmung betrifft, forderte er gesetzliche Maßnahmen auf Bundesebene. Wien habe einen ersten Schritt getan. (Forts.) ull/gg

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Debatte Wohnbau und Stadterneuerung

43 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) StR. EDLINGER (SPÖ) beleuchtete die wirtschaftspolitischen Auswirkungen der Stadterneuerung, wobei die Sanierung ein Volumen von drei Milliarden Schilling auslösen werde. Der gesamte Wohnbau bringe für die Wirtschaft ein Volumen von mehr als acht Milliarden Schilling. Art und Zeitpunkt des Einsatzes der öffentlichen Mittel haben daher besondere Bedeutung, sagte Edlinger. Nach dem kommunalen, sozial und architektonisch bemerkenswerten Wohnbau der Ersten Republik, dem Wiederaufbau und den Bauten der 60er und 70er Jahre, bei denen es unbestreitbar zu Problemen beispielsweise in der Infrastruktur gekommen sei, müsse heute die Identifikation der Bewohner mit der Wohnumgebung bei den politischen Entscheidungen einen besonderen Stellenwert gewinnen. Die Stadterweiterung der 60er und 70er Jahre habe schließlich die Forderung nach Stadterneuerung legitim gemacht. Das Wohnhaus-sanierungsgesetz 1984 und die Verordnungen des Landes Wien schafften die finanzielle Basis dazu. Wenn die SPÖ die sanfte Stadterneuerung proklamiere, dann tue sie dies aufgrund ihrer Gesinnung und aus Respekt vor den Empfindungen der Menschen. Die Totalsanierung im begrenzten Rahmen sei jedoch ebenfalls Teil der sanften Stadterneuerung, und auch Neubau mit entsprechender Infrastruktur sei notwendig. Stadterneuerung sei nicht nur ein technisches Problem, sondern auch eine sozialpolitische Aufgabe. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Debatte Wohnbau und Stadterneuerung

44 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die komplizierte Materie der Stadterneuerung führe naturgemäß zur Involvierung einer Vielzahl von Dienststellen, sagte Stadtrat Edlinger weiter. Nichtbehördliche Aufgaben sollten jedoch mit einem privatrechtlichen Instrument bewältigt werden. Aus diesem Grund sei der Stadterneuerungsfonds gegründet worden. Der FPÖ warf Edlinger vor, sie trage (auch durch ihre Ablehnung des Stadterneuerungsfonds) nichts zum Fortschritt bei der Stadterneuerung bei. Der Stadterneuerungsfonds habe gewaltige Investitionen ins Rollen gebracht. Derzeit seien 666 Anträge empfohlen, davon 526 in Arbeit. Sie betreffen 21.929 Wohnungen.

Im nächsten Jahr werde auf 900 Baustellen gearbeitet werden. Auf den Baustellen der Stadt Wien gibt es eine deutliche Zunahme der Beschäftigten. Mangelnde Übereinstimmung im Stadterneuerungsfonds habe es mit der ÖVP bei der Frage der Kummernummer, bei der mobilen Gebietsbetreuung und in der Frage der Garagen gegeben, sagte Edlinger. Er halte den Grundbesitz des Fonds kurzfristig für ausreichend, mittelfristig müßten jedoch Maßnahmen gesetzt werden, ergänzte der Stadtrat. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Debatte Planung und Stadtentwicklung

45 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) schlug in seinem Beitrag vor, die Möglichkeit einer Verwendung des Westbahnhofes für den geplanten Zentralbahnhof zu untersuchen. Die Einbindung der Südbahn wäre über eine Tunnellösung durch Hietzing möglich. Kritik übte Pawkowicz an der Vorgangsweise um das Haas-Haus, wo der Abbruch erfolgt sei, bevor auch nur die genaue Planung für den Neubau feststand. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Debatte Planung und Stadtentwicklung

46 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Kritik der ÖVP am Wettbewerb Donaauraum, erklärte GR. Dr. HAWLIK (ÖVP), habe sich aufgrund der Aussagen der Wettbewerbsteilnehmer bestätigt. So habe seine Fraktion vorgeschlagen, den Wettbewerb zweistufig durchzuführen, um zuerst den Donaauraum im ganzen und dann detailliertere Projekte bearbeiten zu können. Als negativ habe sich auch der Zeitdruck der Wettbewerbsteilnehmer mit einer Frist bis Mitte Jänner erwiesen. Darüber hinaus wurden in die Wettbewerbsplanung laufend neue Projekte wie der Zentralbahnhof eingespeist, womit die Prämissen sich ständig änderten. Die Projektleitung widerspreche in ihrer Aussage, der Wettbewerb müsse rasch durchgezogen werden, den politischen Vertretern der Stadt Wien, die genügend Zeit für Diskussion und Erarbeitung von Wettbewerbsbeiträgen angekündigt hatten. Seine Fraktion habe den Eindruck, ergänzte Hawlik, daß ökologische und energietechnische Perspektiven zur Zeit nicht diskutiert werden. Die Bürgerbeteiligung, schloß Hawlik, die ein Muß für eine erfolgreiche Realisierung dieser "Jahrtausendchance" darstelle, sei mangels effizienter Öffentlichkeitsarbeit viel zu niedrig. (Forts.) jel/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Debatte Planung und Stadtentwicklung

47 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HAAS (SPÖ) beschäftigte sich in seiner Wortmeldung mit der Neuplanung des Gürtels und dem Wettbewerb für den Donauraum. Der Wettbewerb für den Donauraum sei eine Chance für alle interessierten Wiener, an der Planung mitzuwirken. Bis 5. Dezember haben sich 74 Ziviltechnikerteams, 51 Studentengruppen und 180 Bürger am Wettbewerb beteiligt. 4.000 Wienerinnen und Wiener haben an der Fragebogenaktion teilgenommen. Und trotzdem spreche die ÖVP von einem Alibi-Wettbewerb!

Auch die Annahme, daß die Planungen für den Bereich Gürtel, Süd- und Westeinfahrt ins Stocken geraten seien, entbehren jeder Grundlage. Die Erstellung eines generellen Projekts sei bis zum Ende des nächsten Jahres zu erwarten. Für die Ausgestaltung des Gürtels und der Westeinfahrt wurden viele Vorschläge eingebracht, der Planung des Europaplatzes werde in Abstimmung mit den U-Bahn-Planern ein besonderer Stellenwert eingeräumt. (Forts.) lei/bs

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Debatte Planung und Stadtentwicklung

48 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. DALLER (ÖVP) kritisierte, daß im Voranschlag kein Schilling für den notwendigen Neubau des Rustensteges vorgesehen sei. Für die Kontrolle aller 600 Wiener Brücken und Stege stehen nur 2,6 Millionen Schilling zur Verfügung. Er hoffe, daß dieser Betrag ausreiche, um jedes Risiko auszuschließen.

Daller stellte den ANTRAG, daß zehn Jahre nach dem Einsturz der Reichsbrücke dem Opfer ein Denkmal gesetzt wird.

Wie Daller weiter sagte, stünden für den Straßenbau seit Jahren keine ausreichenden Mittel zur Verfügung. Im Voranschlag für 1987 sind inklusive Fußgängerzonen 387 Millionen Schilling vorgesehen. Diese Summe bezeichnete er als einen "Hungeretat", denn es wären Milliarden erforderlich, um die Schäden an den zahlreichen, in schlechtem Zustand befindlichen Gemeindestraßen zu beheben. (Forts.)

ull/gg



Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Debatte Planung und Stadtentwicklung

49 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. GAAL (SPÖ) bezeichnete die Situation als weitaus günstiger als es GR. Dr. Daller dargestellt habe. Wichtige Straßenbauprojekte betreffen etwa die Augartenstraße, die Operngasse und die Leberstraße sowie die Gerasdorfer Straße. Das Radwegbudget macht 1987 8,8 Millionen aus. Weitere Mittel werden in Aufschließungsstraßen für Wohnhausanlagen und Betriebsbaugebiete fließen. Mehrere stark frequentierte Straßen werden umgebaut. Auch die Aufbringung von lärmdämmenden Belag und die Errichtung weiterer Lärmschutzeinrichtungen werden aus dem Budget 1987 finanziert. Zu den bedeutendsten Projekten gehört der Bau der Donauuferautobahn. Sie wird 1989 fertig sein und dann zusammen mit der Südost-Tangente eine hufeisenförmige Umfahrung der Stadt von der Südautobahn bis zur Stadtgrenze in Langenzersdorf ermöglichen. Dazu kommen Neubauten von Brücken, darunter die St.Veit-Brücke. Kontinuierlich überprüft werden die 183 Bundesbrücken und 401 Gemeindebrücken. Als erfolgreich erwies sich die Einrichtung des Wiener Verkehrssicherheitscomputers, dessen Auswirkungen zur deutlichen Verringerung von Unfällen mit Personenschaden, vor allem Todesopfern, führte. Für den Neu- und Umbau von Verkehrsampeln werden im kommenden Jahr 43 Millionen zur Verfügung stehen. Der Ausbau der Verkehrsleitzentrale wird fortgesetzt und kann 1988 abgeschlossen werden. An diese Zentrale werden dann 500 Ampelanlagen angeschlossen sein. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Debatte Planung und Stadtentwicklung

50 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. Peter MAYR (ÖVP) sprach sich dafür aus, wieder die Durchmischung von Wohn- und Betriebsgebieten in die Planung einzubeziehen und zu fördern. Die Trennung der Betriebe von den Wohngebieten verursache zusätzliche Kosten für die Infrastruktur, lange Verkehrswege und auch Nahversorgungsschwierigkeiten. Daher sollten nur größere und wohnunverträgliche Betriebe am Stadtrand angesiedelt werden, ansonsten sei jedoch eine gemischte Struktur vorzuziehen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Debatte Planung und Stadtentwicklung

51 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Mit einer persönlichen Bemerkung über den Rücktritt von Erwin Wipfel begann StR. Ing. HOFMANN (SPÖ) seinen Debattenbeitrag. Wipfel sei aufgrund von Differenzen während einer ÖVP-Klubtagung aus dem Stadterneuerungsfonds ausgeschieden. Er, Hofmann, danke Wipfel für seine Arbeit im Fonds.

Zu den Planungsüberlegungen für den Gürtel- und zum Donauwettbewerb erklärte Hofmann, diese seien zentrales Planungsthema für das Jahr 1987. Man werde aber auch "kleineren" Bereichen wie dem Haas-Haus, dessen Pläne bei der Baupolizei noch nicht eingelangt seien, sowie der Gestaltung der Fußgängerzone Kohlmarkt-Michaelerplatz größtes Augenmerk zuwenden. Zur Einbeziehung des Zentralbahnhofs in die Donaauraumplanung erklärte Hofmann, die Architekten seien nicht an die Einfahrtsvariante der ÖBB gebunden und die Berücksichtigung auch anderer Möglichkeiten sei erwünscht.

Zur Kritik von GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) an der Dreiteiligkeit des Donaauraum-Wettbewerbes merkte Hofmann an, man werde sicherlich eine zweite Planungsstufe durchführen müssen. Es gebe mehrere ausländische Jurymitglieder bei diesem Wettbewerb. Der Zeitraum, in dem der Wettbewerb abgewickelt werde, sei erweitert worden. Er halte die Bürgerbeteiligung mit einer Rücklaufquote von 4.000 bis 5.000 für relativ hoch.

Für den Rustensteg werde eine Lösung mit den ÖBB gesucht. Zur Kritik, es gebe in der Donaustadt zu wenig Park-and-ride-Möglichkeiten, sagte Hofmann, er bedaure, daß viele Autofahrer vorhandene Park-and-ride-Flächen in mehrgeschossigen Garagen offensichtlich noch nicht entdeckt hätten.

Die Enquete Mariahilfer Straße habe eine hohe Beteiligung und gute Ergebnisse gebracht.

Die Sitzung wurde um 21.55 Uhr unterbrochen und wird am Donnerstag fortgesetzt. (Schluß) jel/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---